Laibacher Zeitung.

Mr. 39.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11. 50 kr. Halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15. halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 18. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1869.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. December v. J. über Antrag des Reichskanzlers, Ministers des kaiserlichen Hauses und des Aeußern, den Handelsmann John Sopper zum unbesoldeten Viceconsul in Gloucester mit dem Rechte zum Bezuge der tarifmäßigen Consulargebühren allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 11. Februar d. J. dem Minister des Innern Dr. Karl Giskra die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Großkreuzes des Ordens der königlich italienischen Krone allergnädigst zu ertheilen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem Bezirkscommissär in Liezen Johann Freiherrn v. Bernier-Rougemont die k. k. Kammererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. Februar d. J. den Lemberger Oberlandesgerichtsrath Anton Dziamski zum Vicepräsidenten des Lemberger Landesgerichtes allergnädigst zu ernennen geruht. Herbst m. p.

Der Minister des Innern hat die Bauadjuncten Joseph Pubicz v. Wojciechowski und Clemens Fischer zu Ingenieuren im Ministerium des Innern ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 17. Februar.

Die Verordnung des Unterrichtsministeriums vom 10. Februar in Betreff der Schulaufsicht soll nach Mittheilung von Wiener Blättern von den Abgeordneten Greuter, Jäger und Consorten zum Gegenstande einer Interpellation gemacht werden. Es ist sehr begreiflich, wenn die Führer der clericalen Partei gegen die Maßregel des Unterrichtsministers auftreten, denn es handelt sich für sie darum, das Uebergewicht des Clerus bei Leitung und Beaufsichtigung des Volksschulwesens möglichst lange fortzuführen. Seltener ist es nur, wenn solche Politiker als Wächter der Verfassung auftreten. Ihr eigentliches Ziel ist doch gewiß nicht die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände, sondern des status quo ante, in welchem es sich so gemüthlich gegen die Verfassung agitiren ließ. Wenn aber liberale Blätter die Geschäfte der Ultramontanen besorgen und in das Geschrei von Verfassungsverletzung einstimmen, so müssen wir uns aufgefordert fühlen, der Sache näher auf den Grund zu sehen, um so mehr, als wir hiebei nicht ganz ohne Bundesgenossen in der Presse sind. Wenigstens finden wir in der Wiener „Debatte“, welche dem Ministerium gegenüber stets eine unabhängige Haltung bewahrt hat, den Standpunkt des Unterrichtsministeriums in beachtenswerther Weise vertheidigt. Das Blatt sagt:

Wir erkennen an, daß jedes Provisorium, und in einem Verfassungsstaate ganz besonders, mißlich ist, daß die Möglichkeit in erhöhtem Grade vorhanden ist, wenn das Provisorium einer Octroyirung entsprungen ist. Andererseits jedoch müssen wir so gerecht sein, zuzugestehen, daß, nachdem einmal die Regierung den principiellen Standpunkt eingenommen hatte, weder jene Gesetzentwürfe über die Schulaufsicht zu approbiren, durch welche die Ingerenz des Clerus auf das Schulwesen ganz beseitigt, noch auch jene, durch welche, wie dies die Landtage von Tirol und Krain gethan, dem Clerus eine dominirende Einflußnahme auf das Volksschulwesen in die Hände gespielt werden sollte, nichts anderes übrig blieb, als für die Länder, die eines Gesetzes über die Schulaufsicht ermangeln, provisorische Anordnungen zu octroyiren.

Die „Debatte“ glaubt sogar, daß das Unterrichtsministerium berechtigt gewesen wäre, die bezüglichen Anordnungen sofort nach Kundmachung des Gesetzes vom 25. Mai v. J. zu erlassen.

Denn § 1 dieses Gesetzes setzt fest, daß die erste Leitung und Aufsicht über das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen dem Staate zustehe. § 9 bestimmt, daß der Staat diese oberste Leitung und Aufsicht durch das Unterrichtsministerium ausübe. Nach § 14 treten

mit dem Tage der Kundmachung des Gesetzes diese beiden Paragraphe nebst anderen sofort in Wirksamkeit, und werden alle mit diesen Paragraphen im Widerspruche stehenden bisher geltigen Gesetze und Anordnungen außer Kraft gesetzt.“ § 15 endlich beauftragt den Unterrichtsminister mit dem Vollzuge dieses Gesetzes.

Da also nach den citirten Paragraphen die oberste Leitung und Aufsicht über das Schulwesen mit dem Tage der Kundmachung des Gesetzes ausschließlich dem Staate und in dessen Namen dem Unterrichtsminister übertragen und alle damit im Widerspruche stehenden, bis dahin geltigen Gesetze und Anordnungen als sofort außer Kraft gesetzt erklärt werden, so folgt daraus, daß sofort nach der Kundmachung jenes Gesetzes eine Lücke vorhanden war, welche, solange nicht die der Landesgesetzgebung vorbehaltene Bildung der als Hilfsbehörden des Unterrichtsministers fungirenden Schulaufsichtsorgane vollzogen und deren Wirkungskreis festgesetzt war, von dem mit dem Vollzuge des Gesetzes beauftragten Unterrichtsminister durch eine Octroyirung auszufüllen gewesen wäre. Die Lücke entstand dadurch, daß nach § 14 jenes Gesetzes die auf Grund der früheren Gesetze und Anordnungen bestellten Schulaufsichtsorgane ihre Berechtigung verloren, die neuen in dem Gesetze vorgesehenen Aufsichtsgorgane, mit Ausnahme des Unterrichtsministers, jedoch noch nicht creirt waren. Ein Stillstand in der Leitung und Beaufsichtigung des Schulwesens und somit ein Stillstand dieses selbst wäre aber nicht zu rechtfertigen und mit dem § 15 auch unvereinbar gewesen.

Die „Debatte“ hält demnach dafür, daß die geistlichen Schulbehörden seit der Kundmachung des Gesetzes vom 25. Mai v. J. ohne alle gesetzliche Basis, daher illegal amtirt haben, und daß der Unterrichtsminister die Verordnung vom 10. Februar d. J. eigentlich sofort nach jener Kundmachung zu erlassen gehabt hätte, um die in jenem Gesetze enthaltene Annullirung der geistlichen Schulaufsicht und die positive Ausübung des dem Staate ausschließlich zugewiesenen Aufsichtsrechtes alljogleich zur praktischen Geltung zu bringen. Diese Verordnung hätte so lange in Wirksamkeit zu bleiben gehabt, bis sie durch die im Wege der Landesgesetzgebung geschaffenen Gesetze ersetzt worden wäre. Von dem verspäteten Zeitpunkte der Erlassung abgesehen, erscheint also der „Debatte“ die Verordnung vom 10. Februar als ganz im Geiste und Sinne des Gesetzes vom 25. Mai v. J. begründet.

Wir geben diese Ansicht der „Debatte“ hier mit ihrer vollen Begründung, weil sie uns nur ein weiterer Beleg für die formelle Berechtigung des Unterrichtsministeriums zu der Verordnung vom 10. Februar ist. Gegen den Inhalt derselben haben aber auch die opponirenden Journale kein Bedenken erhoben.

164. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 16. Februar.

Im Einlaufe befindet sich eine Zuschrift des Ministers des Innern, enthaltend die Mittheilung, daß das Gesetz, betreffend die Kosten der Donau-Regulirung die a. h. Sanction erhalten habe.

Die Abgeordneten Spiegel und Genossen bringen den Antrag ein:

Das h. Ackerbauministerium wolle sogleich die nöthigen Verfügungen treffen, daß an Stelle der an die königliche ungarische Regierung übergebenen höheren landwirtschaftlichen Lehranstalt in Ungarisch-Altenburg eine gleiche Academie mit Vermehrung der Lehrkräfte und Lehrmittel an einem hierzu geeigneten Orte im diesseitigen Reichsgebiete errichtet werde und baldmöglichst in's Leben trete.

Der Antrag wird der verfassungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

Abg. Ljubiska und Genossen interpelliren den Unterrichtsminister, ob er genehmen sei, den § 17 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für Dalmatien in Wirksamkeit treten zu lassen und jedem Staatsbürger zu dem Rechte, in seiner Muttersprache unterrichtet zu werden, zu verhelfen.

An den Handelsminister wird vom Abg. Roser und Genossen folgende Interpellation gestellt:

Die Regulirung der internen Brief- und Fahrpostgebühren hat wohl mit der kais. Verordnung vom 21sten Jänner 1867 einen Schritt vorwärts gethan, aber die Ermäßigung wurde weit überholt durch den Postvertrag, welchen die kais. Regierung mit dem norddeutschen Bunde am 27. November 1867 in Berlin abschloß. Die Be-

günstigungen wurden an Preußen in so reichlichem Maße zugestanden, daß es eine Anomalie genannt werden muß, dieselben nicht auch noch sogleich mit dem Inleben treten dieses Vertrages mit 1. Jänner 1868 den Einheimischen zu gewähren.

So z. B. kostet ein Brief von 15 Loth im Gewichte von Wien nach Mauer — bekanntlich von Wien aus ein bloßer Spaziergang — 75 kr. ö. W., während der gleich schwere Brief nach Berlin nur 10 kr. kostet. Ein gleiches Mißverhältniß besteht auch rücksichtlich der Fahrpost-Tarife.

In Anbetracht dieser großen Mißverhältnisse bei Taxirung von Postsendungen für das Inland gegenüber dem norddeutschen Bunde, fragen wir, ob Se. Excellenz der Herr Handelsminister gewillt sei, die Porto-Gebühren auch für das Inland nach Maßgabe des in Berlin am 23. November 1867 abgeschlossenen Postvertrages herabzusetzen.

Unterrichtsminister v. Hafner überreicht einen Gesetzentwurf, betreffend die Systemisirung der auf Staatskosten zu besetzenden Dienstplätze bei Landes- und Bezirks-Schulräthen.

Es wird hierauf zur Tagesordnung übergangen. Erster Gegenstand ist die Wahl eines Mitgliedes in den Budget-Ausschuß.

Das Scrutinium wird nach der Sitzung vorgenommen werden.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der bereits von uns dem wesentlichen Inhalte nach mitgetheilte Bericht des Verfassungs-Ausschusses über den Antrag des Abg. Dr. Ziemialkowski und Genossen, betreffend den vom galizischen Landtage beschlossenen Antrag auf Aenderung einiger Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes.

In der Generaldebatte ergreift das Wort:

Abg. Graf Dürkheim. Er müsse sich gegen die Ausschlußanträge erklären, weil dieselben den Antrag Ziemialkowski nur nebensächlich behandeln. Dieser Antrag stütze sich auf bestehende Gesetze, welche, so lange sie nicht verfassungsmäßig geändert sind, vom Hause und der Executive beachtet werden müssen. Von der Kunst solcher Deuteleien, wie sie der Regierung belieben, müsse das Haus verschont bleiben. Die Stellung, welche das Ministerium dieser Frage gegenüber eingenommen hat, scheine ihm zu beweisen, daß Offenheit und Selbstvertrauen nicht mehr auf der Ministerbank zu finden sei. (Oho!) Redner stellt den Antrag: Es sei auf Grund des § 19 der Landesordnung die Regierung aufzufordern, den vom galizischen Landtage beschlossenen Antrag dem Hause mitzutheilen. (Der Antrag wird von den Polen, Tirolern und Slovenen unterstützt.)

Abg. Groß muß sich namentlich gegen den zweiten Antrag des Ausschusses erklären. Wenn es wahr sein sollte, daß der Antrag Ziemialkowski's als gegenstandslos entfalle, so mußte sich dieser bereits seine Erledigung gefunden haben. Das ist aber nicht der Fall. Der Ausschuß nimmt an, daß die Mittheilung des Antrages an das Comité gleichbedeutend sei, als ob die Mittheilung in officieller Weise an das Haus selbst geschehen sei. Dieser Vorgang scheine ihm nichtswürdig (Bravo). Das ist ein Winkelzug, fährt Redner fort, dem ich mich nicht anschließen kann (Sehr gut). Der Antrag Ziemialkowski sei erst recht nicht gegenstandslos geworden, weshalb er beantragt:

Der Bericht sei an den Verfassungs-Ausschuß mit dem Auftrage zurückzuweisen, den Antrag Ziemialkowski in Berathung zu ziehen und darüber Bericht zu erstatten. (Wird nicht hinreichend unterstützt.)

Abg. Pratobera nimmt das Vorgehen der Regierung gegen die Vorwürfe des Grafen Dürkheim in Schutz. Der erste Antrag des Ausschusses sei vollständig correct, dagegen müsse auch er sich gegen den zweiten Antrag erklären.

Abg. Rechbauer wiederholt seine auch im Verfassungs-Ausschuße geltend gemachte Ansicht, daß die Regierung verpflichtet sei, Anträge der Landtage zur Kenntniß des Hauses zu bringen. Dieser Weg wäre allein correct gewesen. Allein heute wo der Antrag des galizischen Landtages sich bereits gedruckt in den Händen befindet, sei nur der Ausschlußantrag der praktische, weil der am schnellsten zum Ziele führende.

Abg. Grocholski findet den Antrag des Grafen Dürkheim zu enge, weil er eben nur die Vorlage, nicht aber zugleich auch die geschäftsmäßige Behandlung der galizischen Resolution verlange. Deshalb werden er und

seine Genossen für den ersten Antrag des Ausschusses stimmen.

Minister Giska nimmt das Wort, um das Ministerium gegen die erhobenen Vorwürfe zu rechtfertigen. Die Regierung habe von allem Anfang an mit aller Offenheit und Entschiedenheit den Standpunkt bezeichnet, welchen sie als richtig und correct hält. Die Regierung besitze in dieser Frage das vollste Selbstvertrauen, weil sie auf dem Boden der Geseze stehe, und sich der Zustimmung des Hauses sicher halte. Im Uebrigen erklärt sich Redner gleichfalls gegen die Correctheit des zweiten Antrages, der Schwerpunkt liege jedoch im ersten Antrage, mit dem die Regierung einverstanden sei.

Abg. Toman: Er werde aus Zweckmäßigkeits-Gründen für den Ausschuss-Antrag stimmen.

Nachdem noch der Berichterstatter Kaiser die Ansichten, welche den Ausschuss geleitet, auseinandergesetzt und den zweiten Antrag zurückzieht, wird zur Abstimmung geschritten und hiebei der Dürckheim'sche Antrag einstimmig verworfen, der Ausschussantrag dagegen angenommen.

Schluß der Sitzung um halb 1 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag.

Parlamentarisches.

Wien, 15. Februar.

(Finanzausschuß.) Gegenstand in der heute Morgens stattgefundenen Sitzung des Finanz-Ausschusses, welcher der Herr Finanzminister bewohnte, war der von Dr. v. Berger vorgelegte Bericht über die Regierungsvorlage, betreffend das Gesetz über den Abschluß von Vergleich mit den Landesvertretungen von Böhmen, Schlesien, Oberösterreich, Steiermark und Krain in Bezug auf die denselben bisher gezahlten Subventionen und die Kapitalisirung der den Ländern Tirol, Salzburg und Kärnten jährlich gebührenden Dotations-Beträge.

Nachdem Dr. v. Berger zuerst im Allgemeinen den Stand der Dotationen und Subventionen mit Rücksicht auf den Voranschlag des Jahres 1868 erörtert und die Gründe der Ausgleichung solcher Beträge im Allgemeinen entwickelt hatte, ging derselbe zur Beurtheilung der Verhältnisse über die sehr mannichfaltigen und verwickelten Ansprüche der Kronländer Böhmen, Schlesien, Oberösterreich, Steiermark und Krain über und legte bei jedem einzelnen Lande den Rechtsanspruch dar, worauf sich die Forderungen dieser Länder gründen. Am Schlusse seiner Auseinandersetzungen stellte der Berichterstatter den Antrag: Es seien dem Lande Böhmen 1.090.000 fl., Schlesien 15.000 fl., Oberösterreich 380.000 fl., Steiermark 2.700.000 fl. und Krain 700.000 fl. Kapital in neuen fünfprocentigen einheitlichen Schuldtiteln zu erfolgen.

Ebenso sei dem Finanzminister die Ermächtigung zu erteilen, auch den Ländern Tirol, Salzburg und Kärnten die ihnen gebührenden fixen Dotationsbeträge zu kapitalisiren und in den gedachten einheitlichen Schuldtiteln anzumessen.

Der Ausschuss erklärte sich mit dem Berichte und den diesfälligen Anträgen vollkommen einverstanden und wurden dieselben einhellig zum Beschlusse erhoben.

(Der Steuer-Reform-Ausschuß) beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem dem § 20 der Regierungsvorlage, betreffend die Grundsteuer, beigegebenen Formulare. In der Berathung gelangte der Ausschuss bis zu § 21 des Entwurfes.

(Der volkswirtschaftliche Ausschuss) verhandelte in seiner vorgestrigen Abend Sitzung über das Gesetz, betreffend die Vornahme der Volkszählung. Von Seite der Regierung waren der Minister des Innern, Dr. Giska, und Ministerialrath Stehlin anwesend. Abg. Steffens erstattete den Bericht und beantragte, es möge der Ausschuss in die Detailberathung der Regierungsvorlage eingehen, und zwar aus dem Grunde eingehen, weil derselbe das von der Wissenschaft acceptirte Princip, „bei Volkszählungen sei auf die Ziffer der factischen Bevölkerung einzig und allein Rücksicht zu nehmen,“ ebenfalls zu Grunde liege.

Bei der Detailberathung wurde der aus fünf Artikeln bestehende Gesetzentwurf, welcher für die Volkszählungen einen zehnjährigen Turnus anordnet, deren erster nach dem factischen Bestande des 31. December 1869 im Jahre 1870 anzunehmen ist, und bei welchem auch die wichtigsten häuslichen Nuthiere in die Aufnahme einbezogen werden sollen, ohne irgend welche Abänderung zum Beschlusse erhoben.

Dem Gesetze beigelegt ist die Vorschrift über die Art und Weise, wie die in dem Entwurfe angeordnete Volkszählung jedesmal durchzuführen ist, und rücksichtlich der darin enthaltenen Bestimmung, welche bei der Aufnahme der Militärpersonen einen von dem Principe des Gesetzes abweichenden Modus festsetzt, entspann sich eine längere Debatte über den Antrag des Berichterstatters, dahin gehend: „Die Verzeichnung der in Casernen untergebrachten Civil- und Militärpersonen ist der Militärbehörde überlassen, welche die ausgefertigten Listen entweder der Gemeinde oder dem Zählungs-Commissär übermittelt, je nachdem die Ausnahme im Orte stattfindet. Privat wohnende oder einquartierte Militärs

sind gleich den übrigen Civilpersonen mittelst Anzeigzettels oder Aufnahmebogen zu verzeichnen.“ Begründet wurde dieser Antrag damit, daß das ganze Gesetz auf dem eingangs unseres Berichtes erwähnten, von der Wissenschaft anerkannten Grundsätze, welcher auch in den Nachbarländern bereits durchgeführt sei, beruhe, der aber durch die Bestimmung des Gesetzentwurfes alterirt werde, bei deren Beobachtung es nicht möglich sei, wenn ein so großer Theil der Bevölkerung aus der allgemeinen Aufnahme ausgeschlossen werde, von der Situation der Bevölkerung ein klares Bild zu gewinnen. Der Minister machte für die Regierungsvorlage geltend, daß hier einzig und all in der Umstand maßgebend gewesen sei, daß dadurch das Geschäft der Zählung selbst für die Behörden außerordentlich erleichtert werde; jedoch wolle er nicht in Abrede stellen, daß dadurch den rein wissenschaftlichen Principien Abbruch geschehe. Ferner betheiligte sich an der Debatte die Abgeordneten Dr. Klun, Dr. Groß (Reichenberg) und Dr. Klier, welche sich insgesammt für den Wortlaut der Regierungsvorlage aussprachen.

Bei der Abstimmung wurde auch die Vorschrift zur Volkszählung ohne wesentliche Aenderungen nach der Regierungsvorlage angenommen.

Der zur Vorberathung des Antrages Dr. Roser's über die Regelung der Arbeitszeit in den Fabriken niedergesetzte Ausschuss hielt heute eine Sitzung und wurden zunächst sämtliche Petitionen, welche diesbezüglich überreicht wurden, zur Verlesung gebracht. Von Dr. Roser wurden überreicht Petitionen der Marburger Arbeiterversammlung, des Fachvereins der Maurer und Steinmetze in Wien, des Arbeiterbildungsvereins in Görkau (Böhmen), des Arbeiterbildungsvereins in Wien, des Fortbildungsvereins für Buchdrucker und Schriftsetzer in Wien, dann des Fortbildungsvereins in Klagenfurt. Von Dr. Dehne wurde ferner eine Resolution aus dem Bureau der Volksversammlung von Wels vorgelegt, folgenden Inhalts: 1. Wünsch die Versammlung freies Affortationsrecht; 2. Aufhebung des § 481 des Strafgesetzbuches; 3. Beseitigung der Gewerbeordnung vom Jahre 1859; 4. Kindern soll vor zurückgelegtem zwölften Jahre das Arbeiten in den Fabriken unbedingt verboten sein, schließlich 5. strenge Handhabung der Sanitätsgesetze in den Fabriken. Ferner wurden dem Ausschusse vorgelegt das Gutachten der Statthalterei, dann der Handelskammern von Pilsen, Eger, Brünn, Brody, Olmütz, Linz, Graz, Leoben, Triest, Spalato, Budweis, Reichenberg, Salzburg, Wien, Klagenfurt und Znojbrod. Der Ausschuss beschloß, daß diese Gutachten der Handelskammern in Druck gelegt und unter die Mitglieder des Arbeiterausschusses vertheilt werden sollen. Die Petitionen sowohl wie auch die Gutachten wurden sodann dem Referenten Dr. Klun als Stoff zur weiteren Bearbeitung übergeben.

Proceß Karageorgievich.

(Vierter Verhandlungstag.)

Pest, 11. Februar.

Die Verhandlung wurde wieder um 9 Uhr eröffnet und begann der Gerichtshof die Commissäre einzuvernehmen, welche seinerzeit bei der Vernehmung in Serbien waren.

Franz Goldstein sagt aus: Da ich fortwährend auf dem Schiffe war, so hörte ich auch, daß den Belgrader Zeugen, als sie dasselbe betreten, der Gendarmerieoffizier zu Jedem derselben sagte, „fürchte dich nicht, sage nur gut aus“, und wenn der Zeuge gut gesprochen, bezogte der Offizier sichtbar seine Freude darüber; eine Zwanganwendung bemerkte ich nicht.

Franz Weuy sagt dasselbe, mit dem Zufuge, daß der Offizier diejenigen belobte, welche gut ausgesagt haben, und daß die gefangenen Zeugen sehr elend ausgesehen haben.

Constantin Cötivos sagt ganz dasselbe wie Weuy. Die drei Zeugen wurden beeidet.

Karageorgievich: Ich bitte auch den Baron Refeser darüber einzuvernehmen, daß die Belgrader Zeugen elend ausgesehen haben.

Referent Sebestyen: Es wurden sonach die Aussagen der im Belgrader Urtheile angeführten Zeugen bereits authentisirt. Es dürfte nöthig sein, den Ursprung der Verschwörungsgeschichte, die Beweggründe derselben und das besondere Interesse der Verschwörer anzuführen, welche ich auf Wunsch des Gerichtshofes, wie solche aus den Belgrader Acten geschöpft wurden, wiedergeben könnte.

Der Gerichtshof beschloß, die Authentifikation fortzusetzen, der zufolge die bisher noch nicht verlesenen Aussagen vorgenommen wurden.

Ankläger (zum Fürsten): Seit wann kennen Sie Paul Trifkovic? — Karageorgievich: Seit seiner Kindheit; ich stehe in Schwagerschaftsverhältnissen mit ihm, mein Secretär war er zwar nicht, er lebt jedoch seit fünf Jahren bei mir im Hause.

Ankläger: Kennen Sie Philipp Stankovic? — Karageorgievich: Ich kenne ihn; vor 1858 war er Beamter in Serbien, damals stand er mir gegenüber, in späterer Zeit kam er öfter zu mir, und ich ließ ihm Hilfe angedeihen.

Ankläger: Kennt der Fürst den Morics Lazar? — Karageorgievich: Ja, er war auch Beamter.

Ankläger: Den Rogics? — Karageorgievich: Ja, derselbe war Zollbeamter und war zweimal in Pest wegen Geldanleihe bei mir.

Ankläger: Den Menadovic? — Karageorgievich: Er war mein Schwiegersohn.

Ankläger: Den Bucstefevics? — Karageorgievich: Ja, ich gab ihm 400 Ducaten durch Vitotlevics.

Ankläger: In welchen Verhältnissen und Beziehungen standen Sie zu der Familie Obrenovich? — Karageorgievich: Vom Jahre 1829 — 1839 lebte ich in der Walachei. Um die letztere Zeit erhielt ich die Erlaubniß, nach Serbien zurückkehren zu dürfen, im Jahre 1842 geschah es, daß ich Milosch Obrenovich, welcher nach Oesterreich flüchtete, bis an den Savefluß gefolgt bin, wo man mich angehalten und zum Fürsten von Serbien proclamirt hat. Im Jahre 1857 hat Milosch getrachtet, mich ums Leben zu bringen.

Ankläger: Auf was bezieht sich der Brief Costa Lazarevics an Radovanovich? (Das verlesene Schreiben enthält, daß der Fürst das ihm gewidmete Buch auf den Namen seines Sohnes in Druck zu legen, nicht gestattete; das Buch beschreibt die Rückkehr und das Lebensende des Georg Kara, Vaters des Fürsten, welcher nach Angabe des Autors Notics durch die Türken ums Leben gebracht worden war.)

Karageorgievich: Mein Vater kehrte im Jahre 1816 nach Serbien zurück, zu dieser Zeit setzte die türkische Regierung einen Preis auf dessen Kopf aus, ein Diener des Obrenovich brachte ihn ums Leben, jedoch unter persönlicher Anführung des Obrenovich selbst. Diefennach fällt die Ermordung meines Vaters dem Obrenovich zur Last. In dem fraglichen Buche ist dies jedoch nicht so dargestellt, und deshalb konnte ich nicht gestatten, daß das von der Wahrheit abweichende Buch auf den Namen meines Sohnes gedruckt und herausgegeben werde.

Präf.: Wer hatte die Druckkosten bestritten? — Karageorgievich: Der Druck wurde vorläufig ohne mein Vorwissen veranlaßt, ich fand mich jedoch bewogen, die Druckkosten nahe mit 1000 fl. nachträglich zu decken.

Die verlesene Aussage des Johann Hadssis enthält, daß Notics ihn ersuchte, die Annahme der Widmung des Buches durch den Fürsten zu erwirken, da jedoch Notics den Fehler begangen, daß er das Buch ohne positive Erlaubniß des Fürsten drucken ließ, als auch wegen der unrichtigen Angabe der Ermordung seines Vaters, lehnte es der Fürst ab. Aus Erbarmen hatte er dem Notics dennoch 1000 fl. zur Bestreitung der Druckkosten geben lassen.

Ankläger: Laut diesem führten Sie Rache gegen Obrenovich im Schilde? — Karageorgievich: Daß ich nicht rachsüchtig bin, ist Jedermann bekannt.

Ankläger: Schickten Sie dem Mastorovits Geld nach Constantinopel? — Karageorgievich: Ja, 30 Stück Duk., daß er solche an Belopolacs und Savics übergebe.

Es wird die Aussage des Anton Mastorovits verlesen, worin enthalten ist, daß ihn Philipp Stankovic einmal angesprochen und mitgetheilt habe, es seien zur Rückkehr der Familie Karageorgievich auf den Thron Serbiens große Hoffnungen vorhanden, indem viele dahin wirken, unter andern auch er selbst; es werde hierbei weder Geld noch Mühe gespart. Zugleich hat Stankovic auch mich zur Mitwirkung beim Aufstande aufgefordert; ich schützte Geldmangel vor, doch Stankovic vertröstete mich damit, daß dies das geringste wäre, er gehe nach Pest und bringe Geld so viel als nöthig sei. Ich hatte demnach den Vorschlag angenommen, und der Ort, wo ich den Aufstand zu bewirken gehabt hätte, wurde mir in Smederov bestimmt. Doch habe ich meine Bethheiligung an dem Unternehmen nur zum Scheine zugesagt. Es war mir nicht Ernst damit, weil ich den Worten Stankovic's Glauben beigemessen, bloß Geld zu erwerben; ich gedachte die Partei Karageorgievich sodann zu verlassen, sobald mir dies möglich gewesen wäre und ich auch die Namen sämmtlicher Verschwörer erfahren haben würde, die mir Stankovic bis dahin verschwiegen.

Fürstin Persida Karageorgievich stellte in Abrede, von irgend einer Verschwörung Kenntniß gehabt zu haben, und gibt an, die 2000 Ducaten dem Stankovic's bloß zum Bedarfe in Vorstienviehhandel vorgestreckt zu haben.

Ankläger: Mastorovits gibt an, im Jahre 1863 die Aufwieglung in Ihrem Namen und zu Ihrem Gunsten versucht zu haben? — Karageorgievich: Ich hatte bloß aus den Zeitungen Kenntniß darüber, sowie auch, daß dasjenige Gericht, welches die Bethheiligten freigesprochen, verurtheilt worden sei.

Ankläger: Kennen Sie Demeter Kuzmanovits? — Karageorgievich: Ja, er war Vertrauter der Regierung und hatte von mir öfter Geld verlangt.

Ankläger: Besuchten Sie Kuzmanovits zu Kir-nyestye? — Karageorgievich: Ja, indem er Geld verlangte.

Ankläger: Kam dazumal das Gespräch auf die Politik? — Karageorgievich: Er hatte sich zwar über die herrschenden Zustände beklagt, doch ich hatte jede Bethheiligung auf den Thronwechsel vermieden und abgelehnt.

Diese Aussage Kuzmanovits lautet: Im Jahre 1861 suchte ich den Fürsten auf, wir besprachen die üblen Zustände Serbiens, wobei der Fürst berührte, daß nach dem das Volk unzufrieden sei, es nicht schwer wäre, selbes aufzuwiegen und die Obrenovics zu vertreiben, umso mehr, da dies selbst die Türken wünschen. Der Fürst forderte mich auf, ich möge, nach Belgrad zurückkehrend, mich nach Personen umsehen, die man zur Ermordung des Michael erkaufen könnte. Ich habe diesem Wunsche des Fürsten entsprochen, und machte ihm zu wissen, daß sich zur Vollführung des Mordes Leute gefunden. Zur selben Zeit erhielt auch Mastorovits 300 Ducaten vom Fürsten zur Hervorrufung des Aufstandes, und wie ich später von Stanfovies vernommen, hatte Fürst Karageorgievich 20.000 Ducaten zu diesen Zwecken bestimmt.

Diese Aussage wiederholte Kuzmanovits auch in Gegenwart des Fürsten, worauf ihm der Fürst damals die Frage: „warum er dieses nicht auch im Jahre 1853 vor dem damaligen Gerichtshofe so ausgesagt habe?“ gestellt, und zugleich die Bemerkung gemacht, daß sowohl Kuzmanovits als auch Mastorovits Betrüger seien, die sich für alles herzugeben pflegten.

Ankläger: Hat Sie Kuzmanovits zu Best besucht? — Karageorgievich: Ja, er hat mehrmals Geld von mir begehrt, seit 1863 sah ich ihn jedoch nicht mehr.

Ankläger: Hatten Sie Gelder bei Spirita (Bankier in Belgrad)? — Karageorgievich: Ja, etwa 10.000 Stück Ducaten.

Ankläger: Haben Sie den Kuzmanovics zu Mastorovits nach Ofen hinübergeschickt, zur Zeit als Belgrad bombardirt wurde? — Karageorgievich: Ich habe ihn nicht dahin geschickt.

Es wurde nun die diesbezügliche Aussage des Kuzmanovits verlesen, welche Karageorgievich als unwahr bezeichnet.

Ankläger: Hatte Ihre Gattin Persida von dem Mordanschlage Kenntniß? — Karageorgievich: Sie wußte gar nichts.

Ankläger: Simon Nenadovich behauptete, daß sie an der Vollführung des Mordanschlages mitgewirkt habe? — Karageorgievich: Dies ist nicht wahr.

Es wurde das Geständniß Simon Nenadovich' verlesen, wonach die Aufwiegelung im Jahre 1863 Fürstin Persida geleitet habe, der Fürst Karageorgievich oder die Zustandebringung der Ermordung des Fürsten Michael sich zur Aufgabe gemacht. — Später hatte Nenadovich in Bezug auf die Fürstin Persida das Geständniß zurückgenommen.

Präsident: Wie kommt es, daß Sie Ihr eigener Aderwande so sehr belastet? — Karageorgievich: Zefrem Nenadovich, mein Schwiegervater, hatte bei seinen Lebzeiten unsere Güter selbst verwaltet, doch habe ich damals nie einen Kreuzer als Revenue erhalten. Nach dessen Ableben wollten seine Söhne Simon und die übrigen Geschwister haben, daß dies auch fernerhin so verbleiben möge; da ich dies nun nicht zugeben, machte ich mir sie alle zu Feinden. Daher kommt auch das feindselige Geständniß des Simon über mich.

Ankläger: Es findet sich hier eine Quittung des Savics und des Belopolacs vor, über was für Geld ist sie ausgestellt? — Karageorgievich: Als dieselben in Constantinopel waren, schickte ich ihnen Geldaushilfe, auf dieses bezieht sich die Quittung.

Ankläger: Mastorovics richtete im Jahre 1860, 10. August, ein Schreiben an Sie, in dem Sie zu einer in Oesterreich abzuhaltenden Zusammenkunft seiner Genossen berufen werden. Welchen Zweck hatte die Zusammenkunft? — Karageorgievich: Ich weiß es selbst nicht.

Ankläger: Laut dem Briefe Lotics's hätte dieser einmal vor Ihnen erscheinen sollen. Ist dies geschehen? — Karageorgievich: Ich habe ihn weder gerufen, noch ist er erschienen.

Lotics hat in seiner Aussage angegeben, daß der obige Brief sich bloß auf Unterstützungen von Exilirten bezogen habe, welche erwerblos umherirrten. Die Zusammenkunft sollte jedoch bloß festeres Zusammenhalten bezwecken.

Ankläger: Wer bildete diese Gesellschaft? — Karageorgievich: Mastorovics, Kovics, Stanfovies und mehre Exilirte.

Ankläger: Woher kennen Sie den C. Ludwig Sabbard? — Karageorgievich: Aus Belgrad, wo er Dolmetsch war, später war er Mitarbeiter bei der Zeitschrift „Zukunft“, im Jahre 1865 aber hatte derselbe die Broschüre „der letzte Obrenovich“, geschrieben.

Ankläger: Standen Sie im Briefwechsel mit Sabbard? — Karageorgievich: Nein.

Ankläger: Haben Sie die benannte Broschüre gelesen? — Karageorgievich: Ja, doch habe ich weder das Schreiben der Broschüre hervorgelesen, noch dieselbe verbreitet.

Ankläger: Wie gelangten Sie zu dieser Broschüre? — Karageorgievich: Trifkovic's sagte, sie wäre mit der Post angelangt.

Ankläger: Trifkovic's schrieb selbst an Sabbard und sendete ihm hiefür 200 fl. zur Bestreitung der Druckkosten und dies ist in Ihrem Namen geschehen, was wissen Sie hievon? — Karageorgievich: Hat Trif-

kovics dies gethan, so hat er meinen Namen mißbraucht. Ich habe ihn damit nicht beauftragt.

Bei der Gegenüberstellung gesteht Trifkovic's, daß er den Namen des Fürsten wirklich mißbraucht und ohne dessen Wissen die 200 Gulden gesendet, und noch 20 Exemplare der Broschüre verlangt habe.

Ankläger: In der „Zastava“ ist ein Artikel erschienen, der Ihre Schuldtlosigkeit darzuthun suchte, von wem stammt dieser Artikel her? — Karageorgievich: Das weiß ich nicht.

Ankläger: Bezieht dieses Blatt eine Unterstützung von Ihnen? — Karageorgievich: Nein.

Ankläger: Es werden Ihnen hiemit zwei Briefe vorgewiesen, deren Concepte sich zwischen Ihren Papieren vorgefunden haben. Aus diesen geht hervor, daß Sie nach der Wiedererlangung des Thrones strebten.

Einen dieser Briefe, an Pascha Kopriski II. lautend, den andern an den Sultan selbst, begann man vorzulesen.

Wegen vorgerückter Zeit jedoch wurde die Sitzung abgebrochen und die Verhandlung für heute geschlossen. (Wanderer.)

Tagesneuigkeiten.

(Von der österreichischen Concursordnung sammt Commentar und Formularien,) herausgegeben von Dr. C. E. Ritter von Rißling Hof- und Gerichtsadvocat in Linz, einem Werke, welches in Fachblättern und in der „Wiener Zeitung“ eine sehr günstige Beurtheilung erfährt, liegt uns nunmehr das 3. Heft, den Schluß mit einem sehr praktischen Register enthaltend, vor. Die gediegene Bearbeitung des Stoffes und die praktische Einrichtung des unmitteibar an das Gesetz sich anschließenden Commentars rechtfertigen die von uns schon bei Erscheinen des 1. und 2. Heftes ausgesprochene Meinung und wir können nicht umhin, die juristischen Kreise auf diese neue Erscheinung, deren billiger Preis nur zu ihrer weiteren Verbreitung beitragen kann, aufmerksam zu machen. Diejenigen Herren Collegen des Verfassers, welche weder das erste Heft rückgesendet, noch pränumerirt haben, werden ersucht, dieses Heft zurückzusenden.

(Maskenbälle in der Fastenzeit.) Wir lesen in der „De. Corr.“: Der n. ö. Statthalter liegt ein Besuch um Bewilligung der Abhaltung eines öffentlichen Maskenballes in der Fastenzeit vor. Dem Bescheid ist in diesen Tagen entgegenzusehen. Nach der Verordnung des Ministeriums für Landesverteidigung und öffentliche Sicherheit, des Ministeriums für Cultus und Unterricht und des Ministeriums des Innern vom 15. Juli 1868 sind die bestehenden Vorschriften über das Verbot von Ballen und anderen Belustigungen an bestimmten Tagen dahin abgeändert worden, daß an jenen Tagen, an welchen Theatervorstellungen gar nicht oder nur mit besonderer Bewilligung gestattet sind (den drei letzten Tagen der Charwoche, Frohnleichnamstag, 24. December, Ostersonntag, Pfingstsonntag und 25. December), öffentliche Bälle nicht abgehalten und andere öffentliche Belustigungen, wie Concerte, Schaustellungen u., an den letzten drei Tagen der Charwoche und am 24. December nicht stattfinden dürfen. In dieser Verordnung sind „Maskenbälle“ nicht erwähnt und dürfte die Frage entstehen, ob diese qualifizierte Species öffentlicher Bälle im Sinne der Verordnung vom 15. Juli 1868 ohne Beschränkung als solche zu behandeln ist.

(Schweizerische Feiertage.) Da auch in Oesterreich zur Zeit für die Verminderung der Feiertage agitiert wird, so wird es von Interesse sein, das Gesetz kennen zu lernen, welches der große Rath von Genf vorige Woche beschloffen hat. Dasselbe lautet: „Art. I. Feiertage (jours fériés) sind die Sonntage, Weihnachtstag, Christi Himmelfahrt, Maria Himmelfahrt, Allerheiligen, Neujahrstag, der eidgenössische Vertag, der Wahltag des Staatsraths und der 31. December, als Jahrestag der Wiederherstellung der Republik. Art. II. Die Gerichte, die Eintragungs- und Hypotheken-Bureau werden an diesen Tagen geschlossen gehalten. Art. III. Abgeschafft sind die Gesetze vom 28. December 1821 und vom 10. Mai 1844, ebenso die Bestimmungen der früheren Gesetze und Verordnungen, welche das Verbot der Arbeit an den Fest- und Feiertagen betrafen. Doch sind diejenigen polizeilichen Maßregeln aufrechterhalten, welche nöthig sind, um die freie Uebung des Cultus zu schützen.“

(Ungarische Räuberchronik.) Der Nyarad-Szerebaer Postwagen ist am 6. d. M. auf der Straße zwischen St. Lörincz und Rebele ausgeraubt worden. Im Postpaket befanden sich 7 Stück Geldbriefe. Der eine der Thäter ist jedoch bereits durch zwei Gendarmen eingekerkert worden, bei dem sich auch die Geldbriefe vorfanden. Von dem Gelde fehlen nur einige Gulden.

(Originelle Rache.) Ein Forstbeamter in Tirol ist Gegenstand einer seltsamen Rache geworden. Er hatte als Forsttrath starke Abholzungen in den Wäldern seines Bezirkes vornehmen lassen und dadurch den Groll der Bevölkerung gereizt. Ihr Unwille machte sich in einer durch die Tiroler Blätter laufenden Mittheilung Luft: In den Forsten N. N. sei so eben ein höchst gefährliches Insect entdeckt worden, das die Wälder in entsetzlicher Weise verwüste. Das Insect unterscheidet sich von dem Borkenkäfer dadurch, daß es nicht braun, sondern weiß sei, und daß es den gemeinen Borkenkäfer an Schädlichkeit und rapidem Verwüsten bei weitem übertriffe. In Folge davon erhielt der Herr Forsttrath von dem Custos der naturhistorischen Samm-

lung in Innsbruck ein Schreiben, in welchem dieser bat, ihm im Interesse der Wissenschaft ein Exemplar besagten Insectes, wo möglich gespießt, für das Museum einzusenden.

(Religiöse Duldsamkeit.) Aus Studenz wird berichtet, daß in dem benachbarten Birts vor wenigen Tagen die Beerdigung der Frau eines Spinnmeisters, die Protestantin war, stattfand. Die Leiche wurde unter dem Geläute der Kirchenglocken der katholischen Kirche des Ortes nach dem katholischen Ortsfriedhofe getragen, wo sie der protestantische Pfarrer von Bregenz einsegnete und die übliche Leichenrede hielt. In dem Berichte wird noch besonders hervorgehoben, daß der katholische Pfarrer von Birts, selbstverständlich nicht im Ormate, an der Seite des protestantischen Collegen den Leichenzug bis zum Grabe begleitete.

(Gegen die falschen Haare.) In Paris hat sich ein Kreis junger Damen vorgenommen, gegen das Ueberhandnehmen des schlechten Geschmades zu kämpfen und besonders eine Grenze zu ziehen zwischen der eleganten Toilette der wirklichen Dame und dem aufsehenerregenden Puz der Abenteuerin. Zunächst soll der bisherige Kopfpuz eine gründliche Umgestaltung erfahren. Die Parole ist: Abschaffung des falschen Haares; bei Tage sollen die Haare geflochten und in einem Neze getragen werden, und weit entfernt, die pyramidale Form anzunehmen, gebekkt man sie in antiker Form à la Riobe herabfallen zu lassen. Für den Abend soll es genügen, einen Kranz von Rosen, Lilien oder Sphex mit Schminke anzusetzen; aber verbannt ist alles Gold und Fitterwerk, welches dazu dient, die falschen Haare als solche möglichst zu verbergen. Falsches Haar, jetzt der hauptsächlichste, wenn nicht der einzige Schmuck so mancher Damenhaup-tes, soll nur in gewissen äußersten Fällen, als Detail gewissermaßen, berechtigt sein.

(Aus Rumänien.) Unter diesem Titel wird erzählt: Rumänien ist ein schönes Land und seine Büsche sind die Bojaren. . . Das Betrügen ist in Rumänien längst keine Schande, vom Stehlen aber nur ein Beispiel: In einer moldau'schen Provinzstadt hatte ein Kaufmann einige tausend Ducaten für verkaufte Waare gelöst. Er brachte sie nach Hause. Noch am selben Abend kommen zwei Herren zu ihm, beide Masken vor dem Gesichte, riegeln die Thür hinter sich zu, stürzen auf ihn los und fordern ihn mit vorgehaltenem Revolver auf, ihnen das eingegangene Geld ohne Verzug herauszugeben. Der Kaufmann, obwohl augenblicklich überrascht, besaß Geistesgegenwart genug, seine Lage zu überdenken, und sagte: „Dort in der Truhe ist das Geld, hier der Schlüssel, öffnen Sie und thun Sie nach Belieben.“ Während aber die zwei Spitzbuben sich über die Truhe machen, benützt er die Gelegenheit, sein hinter einem Möbel stehendes Doppelgewehr zu ergreifen. Es war zu seinem Glück geladen; er zielt und scheidet beide nieder. Ohne Zeit zu verlieren, eilt nun unser Kaufmann hinaus, schließt die Thür, zieht den Schlüssel ab und befiehlt seinem eben heimkehrenden Diener, niemand ins Haus hinein- noch herauszulassen, selbst aber begibt er sich in aller Eile zum Polizeidirector, und da er diesen nicht zu Hause findet, zum Präfecten, aber auch dieser ist abwesend -- er eilt also zum Polizeicommissär. Nachdem er ihn erzählt hatte, nimmt dieser einige Mannschaft mit und alle begeben sich nach der Wohnung des Kaufmanns, vor welcher dessen Diener Wache hält und ihnen berichtet, daß während seiner Abwesenheit niemand aus- noch eingegangen sei. Die Thür wird geöffnet. Vor der offenen Truhe lagen die zwei maskirten Diebe ohne Lebenszeichen. Man reißt ihnen sogleich die Masken vom Gesichte und erkennt in ihnen -- den Herrn Präfecten und den Herrn Polizeidirector des Ortes, die beide dem Bojarenstande angehörten. Dieses Factum hat sich vor kurzem zugetragen.

(Amerikanisch.) Ungeheures Gelächter wurde am 27. Jänner im Senat zu Washington durch eine Einlage hervorgerufen, welche von Howe überreicht wurde. Das darin enthaltene Gesuch ging nämlich darauf hinaus, es möge ein tüchtiger Phrenologe angestellt werden, um die Schädel aller Candidaten für das Steuerdepartement zu untersuchen, damit festgestellt werde, ob Wohlwollen, Gewissenhaftigkeit u. s. w. bei ihnen in hinreichendem Grade vorhanden seien, auf daß die Regierung in der Folge nicht mehr durch die jetzt so häufigen Betrügereien der Beamten leiden müsse. Die Eingabe wurde dem Ausschusse für Ersparnisse und Reform überwiesen.

(Lincoln's Witwe.) Nachdem das Gesuch der Witwe Lincoln's um eine Pension von 5000 Dollars jährlich von dem Ausschusse für Pensionen verworfen worden, weil gesetzlich ein derartiger Jahresgehalt nicht gewährt werden könne, hat neuerdings Mr. Robinson eine Resolution im Repräsentantenhause vorgelegt, nach welcher der Witwe und den Kindern Lincoln's die Summe von 75.000 Dollars auszuzahlen und der Gehalt des Präsidenten auf 100.000 Dollars zu erhöhen wäre. Die Resolution wurde dem Gelbbewilligungs-Ausschusse überwiesen.

(Erdbeben.) Ueber das letzte Erdbeben in Ostindien wird aus Sihar geschrieben, daß diese ganze Station zerstört worden sei. Der Boden hob sich 20 Fuß und der Fluß änderte seinen Lauf. An vielen Stellen spaltete sich die Erde und warf blauen Sand und Wasser aus. Die Zahl der Menschenleben, die bei diesen Ereignissen verloren gingen, ist noch nicht bekannt. -- Der westindische Postdampfer „Neva“ bringt die Nachricht von zahlreichen Erdstößen, die in Amatitan (Guatemala) fühlbar wurden.

Locales.

(Eine Bodnikfeier) beabsichtigen, nach Mittheilung der „Novice“, die Schüler des hiesigen Gymnasiums am 28. d. M. in dem Saale der Citalnica zu veranstalten. Das Programm soll einen musikalischen und einen dramatischen Theil enthalten.

(Zur Districtsförsterey) erhalten wir vom Herrn Souvan, gewesenen Kreisforstcommissar, eine auf die bezüglichen Artikel in Nr. 17 u. f. der „Lai- bacher Zeitung“ Bezug habende Entgegnung, welche in ihrem vollen Umfange aufzunehmen uns nicht möglich ist.

(Laibacher Musikcapelle.) Heute findet eine Musik-Concert-Soiree im Hotel Elephant statt. Das Programm ist sehr reichhaltig; unter Anderem wird zum ersten Male das „Blumenlied“ aus Faust von Gounod gespielt.

Correspondenz.

? Krainburg, 16. Februar. (Brandlegung.) Zu Ihrer im gestrigen Blatte enthaltenen Mittheilung über den am vergangenen Sonntage in der Richtung gegen das Pö- lander Thal bemerkbar gewordenen Feuerschein kann ich Ihnen berichten, daß am gedachten Tage Nachmittags wirklich in der eine halbe Stunde vom Piartorte Pölland entfernten Gebirgswirtschaft Bukouwerch ein einschichtig gestandenes Bauern- haus nebst Wirtschaftsgebäuden abbrannte.

Neueste Post.

Wien, 17. Februar. Wie die „Morgenpost“ meldet, wurde gestern im Ministerrath unter dem Vor-

sitz des Kaisers die Ziffer der Reichsrathsabgeordneten auf 350 festgesetzt.

Pest, 16. Februar. (Deb.) Als Zweck der Anwesenheit von Hay's in Wien bezeichnet eine Mittheilung des „Pester Lloyd“, daß derselbe mit Becke und Brestl über die Gehahrung mit der sandirten Staatsschuld ein Uebereinkommen treffen solle.

Paris, 16. Februar. Der „Public“ sagt, es gebe keine belgische Frage, wohl aber eine ernste öko- nomische Frage, die in ungelegener Weise von dem belgi- schen Ministerium aufgeworfen wurde.

London, 16. Februar. Das Parlament wurde soeben, 2 Uhr Nachmittags, durch eine königliche Com- mission eröffnet. Die Thronrede lautet: Mylords und Gentlemen!

Ich wende mich an Ihren Weirath, so früh als nur irgend möglich es die durch den Rücktritt der letzten Verwaltung erforderlichen Einrichtungen gestatten.

Ich bin in der Lage, Sie zu benachrichtigen, daß die Beziehungen zu allen fremden Mächten andauernd die freundschaftlichsten sind, und habe ich die Genugthuung zu glauben, daß dieselben aufrichtig die Wünsche theilen, von welchen ich für die Aufrechterhaltung des Friedens befehle bin.

Ich habe mit den Vereinigten Staaten Amerikas in Unterhandlung behufs eines Ausgleiches von Fragen, welche die Interessen und internationalen Beziehungen beider Länder berühren.

Madrid, 16. Februar. Die „Correspondencia“ schreibt: Die parlamentarischen Kreise sind der Idee, Serrano, Prim und Topete mit der Bildung eines neuen Cabinets zu betrauen, günstig gestimmt.

meldet, England soll im Principe die Candidatur Don Fernando's mit dem Vorbehalte angenommen haben, daß er im Vorhinein auf jedes eventuelle Anrecht auf den portugiesischen Thron Verzicht leiste.

Telegraphische Wechselcourse vom 17. Februar.

Spec. Metalliques 62.40. — Spec. Metalliques mit Rai- und November-Zinsen 62.40. — Spec. National-Anlehen 68.50. — 1860er Staatsanlehen 97.50 — Banfactien 723. — Creditactien 290.60. — London 122.80. — Silber 120.50. — R. f. Ducaten 5.78.

Das Post-Dampfschiff „Hammonia“, Capitän Meier, ging am 10. Februar mit 134 Passagieren von Hamburg via Havre nach New-York ab.

Das Post-Dampfschiff „Cimbria“, Capitän Haack, welches am 20. Jänner von Hamburg abgegangen, ist am 5. d. in New-York angekommen.

Das Post-Dampfschiff „Hollatia“, Capitän Solers, am 13. Jänner von Hamburg abgegangen, ist am 28. Jän- ner wohlbehalten in New-York angekommen.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Predil-Bahn. Die „Klag. Ztg.“ vom 12. d. M. meldet aus verlässlicher Quelle, die Regierung habe sich für die Linie Villach-Görz-Triest entschieden.

Die Reform des Telegraphenwesens bildete in der letzten Plenarversammlung des Vereins der Wiener Kaufleute den Hauptgegenstand der Tagesordnung, und wurden diesfalls folgende Punkte als Grundlage eines Memorandums aufgestellt, welches, vom Ausschusse verfaßt, dem Handelsminister überreicht werden soll.

Laibach, 17. Februar. Auf dem heutigen Markte sind er- schienen: 10 Wagen mit Getreide, 2 Wagen mit Stroh (32 Str. 50 Pfd.), 30 Wagen und 3 Schiffe (32 Klafter) mit Holz.

Table with columns: Weizen pr. Metzen, Korn, Gerste, Hafer, Halbrucht, Heiden, Fersen, Kukuruz, Erdäpfel, Linsen, Erbsen, Fisiolen, Rindschmalz Pfd., Schweineschmalz, Speck, frisch, geräuchert. Includes prices and exchange rates for Butter, Eier, Milch, Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schöpffleisch, Händel pr. Stück, Tauben, Hen pr. Zentner, Stroh, Holz, hart, weich, rother, weißer.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Wiener Linien auf 90 R. reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Richtung des Himmels, Niederschlag binnen 24 St. in Wiener Linien. Includes data for 17. 2. and 10. 2.

Börsenbericht.

Wien, 16. Februar. Die Börse sehr fest und die Papiere zur theilweise höheren Notiz willig aufgenommen. Devisen und Valuten fleißig gefragt. Geld flüssig. Geschäft belangreich.

Large financial table with columns: Allgemeine Staatsschuld, Grundentlastungs-Obligationen, Geld Waare, Wechsel (3 Mon.), Cours der Geldsorten. Includes various interest rates, exchange rates, and bond prices.